



CDU

Presseerklärung

Wenden nicht gegen die Wand fahren

Die Wendener CDU sieht die Zukunft der Gemeinde gefährdet. „Wir haben die Sorge, dass die Entscheidungen gegen das interkommunale Gewerbegebiet Ruttenberg und für den Bau des Schwimmbades die weitere positive Entwicklung der Gemeinde bremsen, wenn nicht sogar blockieren werden“, führen CDU-Fraktionschef Martin Solbach und CDU-Gemeindeverbandsvorsitzender Bernd Eichert unisono aus. Es wurden hier die falschen Weichenstellungen vorgenommen. Einnahmen und Ausgaben driften auseinander. Politische Entscheidungen bedürfen der haushaltspolitischen Vernunft und müssen ggf. korrigiert werden.

Die Investitionen in Feuerwehrhäuser, Grundschulen, Gesamtschule und Schwimmbad sind notwendig. Die Sicherheit der Bevölkerung hat Priorität. Deshalb müssen hierfür auch die entsprechenden infrastrukturellen Bedingungen geschaffen werden. Das wird durch den Neubau der Feuerwehrhäuser in Hünsborn und Hillmicke sowie der Erweiterung des Feuerwehrhauses in Gerlingen erreicht. So werden wird die Gemeinde auch den Kameradinnen und Kameraden der Freiwilligen Feuerwehr gerecht, die für die Sicherheit der Bürger im Einsatz sind.

Genauso wichtig sieht die CDU die Investitionen in die Schulstandorte. „Wenn der CDU von der SPD hier Untätigkeit vorgeworfen wird, ist das eine reine Märchenerzählung“, nimmt Patrick Bredebach Stellung. Die CDU hatte die Erstellung der Modernisierungskonzepte sowohl für alle Grundschulen als auch für die Gesamtschule beantragt. Durch die jetzige Umsetzung der Konzepte werden die Voraussetzungen für gutes Lernen und Lehren geschaffen. Gleichzeitig wird dem kommenden Rechtsanspruch auf eine Ganztagsbeschulung Rechnung getragen. Mit dem Umbau der Gesamtschule zum Lernhaus wird in Wenden eine Schule der Zukunft errichtet.

Den Beschluss zum Neubau des Schwimmbades erachtet die CDU als kritisch. Dieser wurde von SPD, Grünen und UWG gefasst, ohne eine konkrete Investitionssumme einzubeziehen. Nichtsdestotrotz war es eine demokratische Entscheidung, die es jetzt umzusetzen gilt. „Damit der Schwimmbadbau jedoch nicht zum finanziellen Fass ohne Boden wird, hält die CDU eine Kostenobergrenze für dringend erforderlich“, stellt Bernd Eichert klar. Prinzipiell sieht die CDU im Neubau des Schwimmbades große Risiken. Die zukünftigen Betriebskosten werden wesentlich höher ausfallen als die jetzigen. Mit schätzungsweise zusätzlichen 500.000 € pro Jahr werden die Betriebskosten permanent eine große Belastung für den kommunalen Haushalt darstellen. Anders ausgedrückt entspräche dies dem Anteil der Gemeinde für die Sanierung von jährlich 4 Kunstrasenplätzen. Inwieweit solche sogenannten freiwilligen Leistungen zukünftig noch möglich sind, muss abgewartet werden. Klar ist jedoch, dass der finanzielle Spielraum für freiwillige Leistungen kleiner werden wird. In Anbetracht dieser Tatsache und vor dem Hintergrund ausufernder Energiepreise muss man auch die Überlegung zulassen, den

Beschluss zum Schwimmbadneubau noch einmal zu überdenken. Eine Sanierung des bestehenden Schwimmbades wäre aus Sicht der CDU die bessere Entscheidung für die Gemeinde gewesen.

Aktuell steht die Gemeinde finanziell noch sehr gut dar. Das ist das Ergebnis einer verantwortungsvollen Haushaltspolitik. Dazu hat die positive Entwicklung der heimischen Wirtschaft und die damit verbundenen Gewerbesteuererinnahmen einen wesentlichen Beitrag geleistet. Will man die Ertragskraft der Gemeinde und den Wohlstand der Bürgerinnen und Bürger nicht gefährden, müssen auch weiterhin Flächen für Gewerbe und Industrie ausgewiesen werden. So werden Arbeitsplätze vor Ort geschaffen und kommunale Einnahmen generiert. Deshalb sieht die CDU im Aus für das geplante interkommunale Gewerbegebiet Ruttenberg einen großen Fehler. Dies war eine vorschnelle und übereilte Entscheidung von SPD, Grünen und UWG. Potentielle Gewerbeflächen fallen nicht einfach vom Himmel, sondern sind mit einem aufwendigen bürokratischen Prozess verbunden. Aufgrund der aktuellen Beratung des Regionalplans besteht hier Zeitdruck. Die CDU sieht bei denjenigen, die Gebiete ablehnen, die Verantwortung, konkrete Alternativen für Gewerbeflächen vorzuschlagen. Das gilt insbesondere für SPD und UWG.

Will man die Zukunft der Gemeinde nicht vor die Wand fahren, muss man für eine Kehrwende sorgen. Einerseits muss die kommunale Ertragskraft gestärkt werden - wozu die beschriebenen Gewerbeflächen notwendig sind. Andererseits muss bei den Ausgaben der Gürtel enger geschnallt werden. Das darf jedoch nicht bei den Bereichen Bevölkerungsschutz und Bildung sein. Investitionen in Feuerwehr und Schulen haben für die CDU Priorität.